

### Wiener Börsenwoche.

Wien, 31. August.

Zwei Ereignisse von ungeheurer Tragweite beschäfigen jetzt nicht nur die wirtschaftspolitischen Kreise, sondern alle denkenden Köpfe, alle fühlenden Herzen in Oesterreich: der Kampf um Triest und die Not im Staatshaushalt. Eine Flammenlinie lodert von der Kärntner Grenze bis zur Adria. Mit einem Kräfteaufwand, wie ihn das neuzeitliche Italien bisher niemals aufgebracht, stürmen unsere Feinde nach dem Ziel ihrer Sehnsucht. Im Golf von Triest wiederhallt der Kanonendonner von der nahen Front, und von den umliegenden Hügeln sieht man das Aufblitzen der Geschütze. Der wütende Ansturm der italienischen Uebermacht, unterstützt von dem ganzen technischen Apparat der Westmächte, ist bisher an dem eisernen Widerstand der Anrigen gescheitert, und wenn nicht alle Anzeichen trügen, wird dem italienischen Feldherrn auch in der ersten Sponzioschlacht der heißersehnte Vorbeug nicht blühen. Aber schließen wir einen Moment lang die Augen. Denken wir einen Moment lang an die hunderttausend österreichischen und ungarischen Helden, die auf den heißglühenden Karstfelsen Leib und Leben preisgeben und keinen Schritt zurückweichen. Denken wir, daß sie gezwungen worden wären, die Front nur um einige wenige Kilometer nach Osten zu verlegen. Was dann? Was der Verlust Triests für Oesterreich, für die Monarchie bedeuten würde, läßt sich kaum in Worte fassen. Ohne den einzigen überseeischen Handelshafen, den Oesterreich besitzt, wäre der Staat nicht mehr dasselbe, was er früher war, seine internationale Geltung wäre erschüttert, sein stärkster wirtschaftlicher Lebensnerv abgeschnitten. An die weiteren strategischen Konsequenzen, die ein Durchbruch durch die Sponzifront nach sich ziehen könnte, wollen wir gar nicht denken. Glücklicherweise ist es nur ein Alpdruck, ein Angsttraum des Hinterländers, der, wie wir sicher hoffen, nie

System darin erblicken. Das Hauptgewicht legt der Verband auf die Kriegsgewinnsteuer. Diese Steuer trifft im Höchstmaß mit den Zuschlägen mehr als neunzig Prozent des Einkommens, sie ist also tatsächlich keine Steuer mehr, sondern eine Vermögenskonfiskation, die den kapitalistischen Akkumulationsprozeß unterbinden müßte. Das aber ist das Ziel der kleinbürgerlich-agrarischen Tendenzen, von denen die parlamentarischen Finanzpolitiker geleitet werden: die Abbröckelung des Großkapitals zugunsten des kleinen Mannes. Daß eine solche retrograde Bewegung in unserer Zeit unsinnig, praktisch undurchführbar und weder im Interesse der Besitzenden noch der Besitzlosen gelegen ist, sieht die Parteiführer wenig an. Wenn es zur Vermögensabgabe kommen sollte, werden sie diese Tendenz weiter verfolgen, weil sie eben ihrer Wählerpolitik entspricht. Daß aber aus einem solchen System der Industriefeindlichkeit und der Gegnerschaft gegen den Unternehmungsgeist schwere Schäden für die Volkswirtschaft entstehen müssen, liegt auf der Hand. Der Wirtschaftsmarkt müßte diese Schäden heute schon spüren, wenn er sich in dem normalen Zustand der Feinsichtigkeit und Empfindungsfähigkeit befände. Er hat aber seine Empfindungsfähigkeit zur Zeit gänzlich eingebüßt, er fühlt nichts von dem, was ringsumher vorgeht, er fühlt nichts vom Krieg und nichts von der antikapitalistischen Wirtschaftspolitik.

Der Markt gleicht einem vulkanischen Terrain, das unter dem Druck einer kolossalen unterirdischen Spannung steht, die das ganze Niveau nach aufwärts drängt und sich jeweils am Punkte des geringsten Widerstandes in gewaltigen Explosionen Luft macht. Die Spannung wird bewirkt durch das unausgesehete, stetig sich steigende Zuliessen der gewaltigen Geldmassen, die den Preisstand unübersehlich in die Höhe heben und hier und dort, an leicht zugänglichen und begünstigten Punkten ein erupstionsartiges Hinaufwirbeln erzeugen. Unter solchen Ausnahmeverhältnissen bleiben eben die normalen Motive der Preisbildung wirkungslos. Am Sponzo mag was immer geschehen, im Parlament was immer beschlossen werden — es ist enorm viel Geld da und verhältnismäßig wenig ausgebotene Ware; folglich gehen die Preise in die Höhe. Man hat gegen diesen Zustand vom Standpunkt der öffentlichen Moral Protest erhoben; man hat es als verwerflich bezeichnet, daß sich Aktienbesitzer an Kurssteigerungen bereichern, während Tausende ihrer Mitbürger auf den Schlachtfeldern verbluten, Tausende hungrig vor den Lebensmittelhandlungen stehen. Eine gewisse Art von Spekulantentum — und zwar sind es meist Spekulanten, die außerhalb der Börse stehen — mag sich von diesen Vorwürfen mit Recht betroffen fühlen. Aber im allgemeinen ist der Besitzer eines Wertpapiers höchst unschuldig daran, wenn der Kurs steigt, und es ist fraglich, ob der Volkswirtschaft besser damit gedient wäre, wenn die besitzende Klasse durch Kapitalentwertungen geschwächt würde. Sicherlich handelt es sich hier um einen Prozeß, dessen Entwicklung ganz unabhängig ist vom Einzelwillen, mag es auch der Wille des mächtigsten Finanzkönigs sein.

zur Wirklichkeit werden wird. Aber ist es nicht das Sonderbarste des Sonderbaren, daß in Zeiten, wo die Phantastie von solchen Bildern erfüllt ist, der Wirtschaftsmarkt ein Gepräge zeigt, in dem sich auch nicht im entferntesten die Wirklichkeiten und Möglichkeiten des Tages widerspiegeln?

Und nun der österreichische Staatshaushalt. Der Finanzminister hat ein Budget mit trostlosen Ziffern vorgelegt. Ein unbedecktes Milliardendefizit, verursacht nicht etwa durch die vorübergehenden Kriegsausgaben, sondern gewissermaßen ein Friedensdefizit, das auch nach Ausschneidung aller Ausgaben und Nachtragskosten des Krieges den Staat dauernd aufs schwerste belasten wird. In ersten wirtschaftspolitischen Kreisen sucht man — bisher allerdings nur mit Teilerfolgen — nach einem in kolossalen Dimensionen angelegten finanziellen Sanierungsprogramm. An die Opferwilligkeit aller Bevölkerungsklassen werden die härtesten Ansprüche herantreten. Die Idee des Getreidemonopols, als dessen stärkster Befechter der neue Kanzler des Deutschen Reiches gilt, nimmt immer bestimmtere Formen an. Die besitzenden Klassen sollen mit einer Vermögensabgabe belegt werden, über deren mutmaßliche Höhe phantastische Ziffern im Umlauf sind. Speziell bei uns in Oesterreich wird von parlamentarischer Seite aus eine Finanzpolitik propagiert, die sich ganz ausschließlich gegen das mobile Kapital, gegen die Industrie, gegen die Aktiengesellschaften, gegen die Banken und gegen die Börse richtet. Der Deutsche Nationalverband ist die größte Partei des Abgeordnetenhauses, und ihr Finanzsachmann Dr. Steinwender ist gleichzeitig Generalreferent des Hauses über das Budget. Ueber Antrag Steinwenders hat nun diese Partei eine Reihe finanzpolitischer Beschlüsse gefaßt, aus denen klar ersichtlich ist, wie man sich in den maßgebenden parlamentarischen Kreisen die Verteilung der Lasten vorstellt. Zur Sanierung des Budgets verlangt die Partei in erster Linie die Durchführung der Kriegsgewinnsteuer, die bekanntlich in der vom Abgeordnetenhaus beschlossenen Fassung sowohl bei der Regierung wie im Herrenhaus auf Widerstand gestoßen ist. Weiter wird gefordert: die Besteuerung der Kriegsgewinne der Oesterreichisch-Ungarischen Bank; die Einschränkung des „Treibens auf der Börse“; die Beschlagnahme des gesamten Schiffsraumes der Handelsmarine usw. Auf den ersten Blick bekommt man aus diesen Anträgen den Eindruck eines blinden Loschlagens auf alles, was der Zielpunkt gewisser populärer Schlagworte ist. Bei näherer Betrachtung muß man aber ein gewisses

Das Geld fliegt und fliegt und fliegt der Börse zu. Es verteilt sich dort nicht gleichmäßig in die verschiedenen Reservolen. Immer gibt es einzelne bevorzugte Stellen, die eine besonders magnetische Anziehungskraft üben. Längere Zeit waren es die Schiffahrtaktien; nachher Bank- und Kohlenpapiere; heute sind es Rüstungswerte; morgen vielleicht Eisen- oder andere Industripapiere. Die

Rüstungswerte, die seit den letzten Tagen im Vordergrund stehen, waren eine Zeitlang infolge der allgemeinen Friedensdiskussion vernachlässigt. Da man seit der Rede Kerenskis auf dem Moskauer Kongreß und seit dem Wiederaufleben der Ententeoffensiven auf ein baldiges Kriegsende kaum mehr hoffen darf, wendet sich das Interesse der Käufer den Munitionspapieren in stärkerem Maße zu, besonders nachdem auch Gerüchte über Kapitalvermehrungen und andere finanzielle Transaktionen bei einzelnen Gesellschaften zirkulieren. Es gab starke Preiserhöhungen; so ist eine Rüstungsaktie der Kulisse binnen zwei Tagen um mehr als achtzig Kronen gestiegen. Ferner zeigte sich Nachfrage nach Eisenindustriaktien und nach türkischen Werten. Die letzteren sind auch an der Berliner Börse gestiegen, was wohl mit den im Zuge befindlichen Ermäßigungen über die türkische Valuta zusammenhängen dürfte. In Bankaktien, die während der letzten Wochen im Vordergrund standen, wurden Realisierungen vorgenommen; doch herrschte weiter hinsichtlich dieser Papiere eine gute Meinung, da man annimmt, daß mehrere Banken die Absicht, Kapitalvermehrungen vorzunehmen, auch weiterhin verfolgen. Kohlenwerte waren in den Hintergrund gedrängt, ohne ihre feste Stellung zu verlieren. Dauerndes Interesse zeigte sich für die Erdölindustrie, die ja bekanntlich auf glänzende Abschlüsse verweisen kann und sehr stark für den Heeresbedarf, speziell für die deutsche Armeeführung arbeitet. Schiffahrtaktien, in denen die Spekulation schon jedes Maß verloren hatte, lagen schwach; Versuche, diesen Markt wieder zu beleben, scheiterten. Von unbeirrter Festigkeit war der Anlagemarkt, wo namentlich ungarische Staatspapiere gegenüber den österreichischen bevorzugt wurden, was damit begründet wird, daß man die staatsfinanzielle Situation Ungarns im Hinblick auf die reiche Bodenproduktion verhältnismäßig günstiger beurteilt als die Oesterreichs.